

Antrag Nr. 22-F-63-0127

Grüne, SPD, Linke, Volt

Betreff:

Baustellenkommunikation und -koordination umsetzen
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 23.11.2022 -

Antragstext:

Die Akzeptanz von Straßenbaustellen kann durch die Bereitstellung von grundlegenden Informationen über Zweck und Länge der Baumaßnahmen erheblich gesteigert werden. Der Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 02.12.2021 (21-F-63-0023) hat darum die Prüfung einer verpflichtenden Beschilderung von Straßenbaustellen mit den entsprechenden Informationen beantragt, der vom Ausschuss beschlossen wurde.

Der Bericht des Dezernats V vom 14.08.2022 stellt die Möglichkeit fest, für städtische Bauvorhaben eine solche Verpflichtung einzuführen. Dieser Antrag gibt den Auftrag zur Umsetzung der Prüfergebnisse.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) für Bauvorhaben der Kernverwaltung, Betriebe und Gesellschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden die Regelung einer verpflichtenden Beschilderung für Straßenbaustellen einzuführen, in der gut lesbar vor Ort für alle Verkehrsteilnehmer*innen darüber informiert wird, wer der Vorhabenträger*in ist, worum es bei den jeweiligen baulichen Maßnahmen geht und wie lange diese voraussichtlich andauern werden. Tagesbaustellen sind nur als solche zu kennzeichnen.
- 2) die Entwicklung einer Musterempfehlung zur Baustellenbeschilderung zu beauftragen, die von der jeweils zuständigen Behörde als Empfehlung mit der Genehmigung an die Bauvorhabenträger*innen weitergegeben werden kann.

Wiesbaden, 23.11.2022

Martin Kraft
Fachsprecher Mobilität, B90/Grüne

Gregor Buchholz
Fraktionsreferent, B90/Grüne

Silas Gottwald
Fachsprecher Mobilität, SPD

Mathias Lück
Fraktionsreferent, SPD

Mechthild Coigné
Fachsprecherin Mobilität, Die Linke

Julia Seidel
Fraktionsreferentin, Die Linke

Daniel Weber
Fachsprecher Mobilität, Volt

Simone Winkelmann
Fraktionsreferentin, Volt